

Charlottenstraße 121
14467 Potsdam
Fon: 0331 – 280 35 81
Mail: FrauPolRat@t-online.de

Medieninformation

Potsdam, 10. November 2016

Neuer Sprecherinnenrat

Die Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg hat turnusgemäß am 05. November 2016 neue Sprecherinnen gewählt:

Susanne Feldkötter, ver.di Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg

Heiderose Gerber, Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren

Dr. Katharina Krüth, Landesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Geschlechterpolitik Bündnis 90/Die Grünen

Anja Schmollack, Frauen Union der CDU Brandenburg

Heidrun Szczepanski, Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Ausgeschieden sind **Ulrike Häfner**, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ehemals 1. Sprecherin), **Sabina Scheuerer**, Landesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Geschlechterpolitik Bündnis 90/Die Grünen (finanzverantwortliche Sprecherin) und **Magdalena Möbius** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Frauenarbeit). Wir danken den drei Frauen für ihr unvergleichliches und jahrelanges Engagement.

Die Mitgliederversammlung fand am Samstag, den 5. November im freiLand Potsdam statt. Es nahmen 18 Mitgliedsorganisationen teil. Es konnte eine positive Bilanz des letzten halben Jahres gezogen werden, außerdem wurde der Start der Vorbereitungen für das 25jährige Jubiläum 2017 verkündet.



v.l.n.r. Heiderose Gerber, Heidrun Szczepanski, Susanne Feldkötter, Anja Schmollack, Dr.Katharina Krüth

Ansprechpartnerin für die Presse:

Verena Letsch, Mitarbeiterin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, 0176/82069653

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. koordiniert seit 2001 die Brandenburgische Frauenwoche. Er ist der als gemeinnützig anerkannte Zusammenschluss von über 20 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Das überparteilich und überkonfessionell arbeitende Gremium vertritt die Interessen von rund 150.000 organisierten Frauen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und Bundesregierung und der Verwaltung.